



Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Christoph Rabenstein, Diana Stachowitz, Margit Wild SPD**

Konsequenzen aus der Anhörung „Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik“ ziehen III Schulische Situation verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, das an den Berufsschulen mit großem Erfolg eingeführte Pilotprojekt, welches bisher eine zweijährige Ausbildung vorsieht, an die Bedürfnisse der Schüler anzupassen. Die Berufsschulen erhalten die Möglichkeit, die Ausbildung bei Bedarf um ein zusätzliches drittes Berufsschuljahr zum vertieften Spracherwerb zu erweitern.

Um den Bildungsauftrag „Schulabschlüsse zu ermöglichen“ erfüllen zu können, ist die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften speziell für den Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ deutlich auszuweiten.

Begründung:

Die vor vier Jahren begonnene Beschulung junger Flüchtlinge im Bereich der beruflichen Schulen ist ein Erfolgsprojekt. Vorgesehen sind dafür bisher zwei Jahre. Das erste Jahr dient dem Spracherwerb, das zweite Jahr als Berufsintegrationsjahr. Die Erfahrungen zeigen, dass in Einzelfällen ein weiteres Jahr zum Spracherwerb notwendig ist. Dabei verweisen die Schulen darauf, dass dies nicht bei allen Schülern erforderlich ist, sondern vielmehr der Schule die Möglichkeit gegeben werden soll, einzelnen Schülern eine dreijährige Berufsschulzeit zu ermöglichen.

Die Schulen kommen ihrem Bildungsauftrag, die jungen Flüchtlinge soweit auszubilden, dass die Aufnahme einer Berufsausbildung möglich ist, mit großem Engagement nach. Letztlich hat die zweijährige Ausbildung an den Berufsschulen nur Sinn, wenn die Schüler soweit qualifiziert werden, dass sie eine Berufsausbildung aufnehmen können. Deshalb ist die Weiterentwicklung des Projekts notwendig, um nicht auf halber Strecke stehen zu bleiben.